

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 39/39  
Telex: 8 86 846 ppbn d



## Inhalt

42. Jahrgang / 151

12. August 1987

Heide Simonis MdB zu den Dispositionen des Dr. Stoltenberg: Haushalt '87 entpuppt sich als Wahlbetrug.  
Seite 1

Walter Edenhofer zum Menschenrechtsbegriff von Geißler und Blüm: Wie hält es die CDU mit dem Recht auf Arbeit?  
Seite 4

Ria Burkel MdL zum neuen Personalausweis: Zu groß, zu unbekannt, zu teuer.  
Seite 5

Dokumentation  
Der SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Uwe Jens hat Kanzler Kohl in einem Brief aufgefordert, die Bonner Abrüstungsblockade aufzuheben. Wortlaut  
Seite 6

Haushalt '87 entpuppt sich als Wahlbetrug

Dr. Stoltenberg hat keine Deckung für die Steuerentlastung

Von Heide Simonis MdB  
Stellvertretende Obfrau der SPD im Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages

Vor der Bundestagswahl haben die Sozialdemokraten der Bundesregierung vorgeworfen, daß die Zahlen für den Bundeshaushalt 1987 geschönt, unrealistisch und bewußt zu optimistisch angesetzt worden seien. Damals wurde die Kritik der Opposition als „Miesmacherei“ abgetan. Mittlerweile entpuppt sich der Bundeshaushalt 1987 mehr und mehr als Wahlbetrug:

1. Vor der Bundestagswahl wurden im November 1986 die Wachstumsannahmen für 1987 nach oben korrigiert. Im Mai 1986 hat die Bundesregierung noch mit einem nominalen Wachstum des BSP für 1987 von 4,6 von Hundert gerechnet. Im November 1986 - zwei Monate vor der Bundestagswahl - wurde das Wachstum auf 4,9 von Hundert angehoben und ein halbes Jahr später auf jetzt 4,1 von Hundert zurückgenommen.

Konsequenz für die Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden waren allein für 1987 9,8 Milliarden DM Steuerausfälle, davon für den Bund vier Milliarden DM, um die die Steuereinnahmen für die öffentlichen Haushalte vor der Bundestagswahl zu hoch angesetzt waren.

2. Vor der Bundestagswahl wurde ebenfalls im November 1986 im Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages die Neuverschuldung des Bundes nach unten korrigiert.

Noch im Juli 1986 - bei der Vorlage des Haushaltsentwurfs 1987 - war von einer Neuverschuldung von 24,3 Milliarden DM ausgegangen worden. Dies hätte erstmals einen Wiederanstieg der Neuverschuldung im Jahre 1987 gegenüber 1986 bedeutet. Als weitere Kürzungen im Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages nicht zu dem gewünschten Ergebnis

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Veröffentlicht unter  
der Verantwortung des  
Rezeptions-Personals



einer weiter absinkenden Neuverschuldung führten, wurde im letzten Moment eine Haushaltssperre im Haushaltsgesetz 1987 verankert, nach der 1,1 Milliarden DM im Bundeshaushalt 1987 von vornherein gesperrt waren. Nur auf diese Weise konnte auf dem Papier für 1987 eine Neuverschuldung von 22,3 Milliarden DM verabschiedet werden, was noch einmal ein Rückgang gegenüber dem Vorjahr bedeutete.

Und heute: Jetzt hat der Bundesfinanzminister ohne großen Kommentar bei der Vorlage des Haushaltsentwurfs 1988 die Neuverschuldung für 1987 von 22,3 Milliarden DM auf 26,3 Milliarden DM hochgesetzt. Ob die Ausgabenbeschränkung in Höhe von 1,1 Milliarden DM wirklich erbracht werden kann, ist völlig ungeklärt. Trotzdem hat der Bundesfinanzminister die Haushaltsansätze für die Ressorts auf dem Papier schon um die Sperre nach unten korrigiert.

3. Vor der Bundestagswahl sind die Investitionen des Bundes für 1987 vom Parlament mit einem Betrag von 34,6 Milliarden DM beschlossen worden, was damals gegenüber dem Soll 1986 (34,5 Milliarden DM) noch einen leichten Anstieg bedeutete. Jetzt sind die Investitionsausgaben des Bundes für 1987 plötzlich auf 34,1 Milliarden DM, also um 500 Millionen DM nach unten korrigiert worden. Auch hier war der Ansatz vor der Bundestagswahl bewußt zu hoch angesetzt worden.
4. Noch immer geht der Bundesfinanzminister davon aus, daß 1987 3,3 Milliarden DM Privatisierungserlöse vereinnahmt werden können - diese Zahl ist bisher nicht korrigiert worden. Nur ist es nach dem Devilsenspekulationskandal bei VW immer unwahrscheinlicher geworden, daß der Restanteil des Bundes an VW noch in diesem Jahr veräußert wird. Der Bundesfinanzminister selbst erwägt eine Verschiebung ins nächste Jahr. Damit entstünde ein weiteres Loch im Bundeshaushalt 1987 von über einer Milliarde DM.
5. Bei der Verabschiedung des Bundeshaushalts 1987 hat der Bundesfinanzminister am 25. November 1986 noch im Bundestag gelobt:

„Ich sage noch einmal: Daß es auch und insbesondere durch die weiterführenden Beschlüsse der Kollegen im Haushaltsausschuß möglich war, einen Rückgang des Bundesbankgewinns von fast sechs Milliarden DM ohne eine Erhöhung der Neuverschuldung aufzufangen, ist eine sehr respektable Leistung.“

Heute wissen wir: Der Bundesbankgewinn ist tatsächlich auf immer noch bemerkenswerte 7,3 Milliarden DM zurückgegangen. Der Ausgleich ohne Erhöhung der Neuverschuldung stand lediglich auf dem Papier. Schon jetzt wird für 1987 mit einer um vier Milliarden DM höheren Neuverschuldung gerechnet und wie die Situation am Jahresende aussehen wird, kann heute noch niemand absehen.

6. Vor der Bundestagswahl hat der Bundesfinanzminister sich im Deutschen Bundestag am 25. November 1986 über die Haushaltsdefizite von Bund, Ländern und Gemeinden noch wie folgt geäußert:

„Für 1987 dürfte sich nach unseren letzten Gesprächen im Finanzplanungsrat eine Nettokreditaufnahme für die drei Ebenen von insgesamt rund 40 Milliarden DM ergeben.“

Diese Entwicklung war schon eine Korrektur gegenüber den letzten Schätzungen vom Mai 1986, als das Finanzierungsdefizit noch mit 36 1/2 Milliarden DM angenommen worden war. Jetzt, im Mai 1987, liegen die Annahmen bereits bei knapp 50 Milliarden DM. Auch hier vor der Bundestagswahl eine viel zu optimistische Annahme über die Entwicklung der Haushaltsdefizite.

7. Und Dr. Stoltenberg noch im April 1987 zum Bundeshaushalt 1987 (in: Bundeshaushalt 1987; Herausgeber: Bundesministerium der Finanzen, Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit):



„Die Nettokreditaufnahme soll erneut zurückgeführt werden: Mit 22,3 Milliarden DM ist sie um 1,4 Milliarden DM unter dem Soll des Vorjahres angesetzt. Mit diesen Eckdaten wird unsere Finanzpolitik kalkulierbar, verlässlich und zugleich handlungsfähig bleiben, um neuen Herausforderungen zu begegnen.“

Knapp zwei Monate später verkündet der Bundesfinanzminister dann unverdrossen eine Neuverschuldung für 1987 von jetzt schon 26,3 Milliarden DM, statt eines Rückgangs ein Zuwachs von weit über drei Milliarden DM gegenüber 1986. Hier wird sichtbar, wie kalkulierbar, verlässlich und zugleich handlungsfähig diese Bundesregierung wirklich ist.

8. Der Haushaltssprecher der CDU/CSU hat sich bei der 2./3. Lesung des Bundeshaushalts 1987 am 25. November 1986 sogar dazu verstiegen zu behaupten:

„...daß die SPD in ihrer gesamten Regierungszeit nicht einen einzigen Haushalt vorgelegt hat, der so solide gewesen ist wie der Haushalt 1987.“

Nach der Bundestagswahl nimmt es die Union offensichtlich mit ihrer Solidität nicht mehr so ernst. Wesentliche Eckdaten des Bundeshaushalts 1987 - Neuverschuldung, Steuereinnahmen, Investitionen - sind überholt. Schon heute steht fest, daß der Bundeshaushalt 1987 sich immer mehr als Wahlbetrug entpuppt. Die Bürger unseres Landes sind Ende letzten Jahres vom Bundesfinanzminister bewußt über den wahren Zustand der Staatsfinanzen getäuscht worden.

9. Im übrigen: Der angekündigte Rückgang der Arbeitslosigkeit findet auch 1987 nicht statt. Schon jetzt hat die Bundesanstalt für Arbeit verlauten lassen, daß 1987 kein Rückgang, sondern allenfalls die Zahl des Vorjahres - 2,2 Millionen Arbeitslose - gehalten werden kann. Und Dr. Stofenberger treibt das Spiel noch weiter. Die Neuverschuldung ist schon jetzt für den Bundeshaushalt 1988 auf knapp 30 Milliarden DM angehoben worden. Dabei sind feststehende Milliarden Mehrbelastungen für die EG und ein Ausgleich für das entstehende Defizit bei der Bundesanstalt für Arbeit noch gar nicht berücksichtigt. Die Finanzierung der Steuerentlastung 1990 ist weiterhin völlig ungeklärt. Wie lange will der Bundesfinanzminister noch mit der vollen Wahrheit hinter dem Berg halten? Vielleicht zufällig bis nach den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Bremen?

**Wesentliche Eckdaten der öffentlichen Haushalte 1987**

vor und nach der Bundestagswahl

	November '86 vor der BT-Wahl	Mai/Juli '87 nach der BT-Wahl	Veränderung
1. Wachstum d.realen BSP	2,5 v.H.	1,8 v.H.	- 0,7 v.H.-Punkte
2. Wachstum d.nominalen BSP	4,9 v.H.	4,1 v.H.	- 0,8 v.H.-Punkte
3. Steuereinnahmen der öff. Haushalte	478,3 Mrd.DM	468,5 Mrd.DM	- 9,8 Mrd.DM
4. Steuereinnahmen d.Bundes	220,5 Mrd.DM	216,5 Mrd.DM	- 4,0 Mrd.DM
5. Investitionsausg.d.Bundes	34,62 Mrd.DM	34,11 Mrd.DM	-510,0 Mio.DM
6. Finanzierungsdefizit der öffentlichen Haushalte	40,00 Mrd.DM	49,00 Mrd.DM	+ 9,0 Mrd.DM
7. Neuverschuldung d.Bundes	22,3 Mrd.DM	26,3 Mrd.DM	+ 4,0 Mrd.DM

(-/12.8.1987/rs/ks)



Wie hält es die CDU mit dem Menschenrecht auf Arbeit?

An der Beantwortung dieser Frage entscheidet sich die Glaubwürdigkeit von Geißler und Blüm

Von Walter Edenhofer

Leiter des Referats für Arbeitnehmerfragen / Betriebsorganisation beim SPD-Parteivorstand

Der Kampf gegen Menschenrechtsverletzungen ist Aufgabe aller demokratischen Parteien. Die Unterdrückung des Rechts auf freie Meinungsäußerung, auf politische Betätigung, die Verhinderung freier und unabhängiger Gewerkschaften und des Streikrechts für Arbeitnehmer wird von Sozialdemokraten deshalb ebenso entschieden bekämpft, wie die Verletzung individueller Menschenrechte, vor allem die Anwendung von Folter und Todesstrafe. Die Verwirklichung individueller und sozialer Menschenrechte gehört zu den Grundsätzen sozialdemokratischer Politik.

Wenn sich Norbert Blüm und Heiner Geißler für die Beachtung der Menschenrechte in Chile und anderen Ländern engagieren, so ist das deshalb nachdrücklich zu unterstützen. Glaubwürdig wird dieses Engagement allerdings erst dann, wenn es alle Menschenrechte, also auch das Recht auf Arbeit einschließt.

Arbeit ist mehr als eine Quelle des Einkommens. Sie ist für Sozialdemokraten die Grundbedingung des menschlichen Daseins und soziales Menschenrecht. Die SPD steht mit dieser prinzipiellen Aussage nicht allein: In der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“ der Vereinten Nationen heißt es in Artikel 23, Absatz 1: „Jeder Mensch hat das Recht auf Arbeit, auf freie Berufswahl, auf angemessene und befriedigende Arbeitsbedingungen sowie auf Schutz gegen die Arbeitslosigkeit.“ Eine ähnliche Formulierung findet sich im zweiten Teil der Europäischen Sozialcharta. Für die Katholische Kirche ist Arbeit „fundamentale Funktion der Existenz des Menschen“. In mehreren päpstlichen Dokumenten und Enzykliken wird das Recht auf Arbeit als Ziel einer menschenwürdigen Existenz unterstrichen.

Deshalb gehört die entschiedene Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit mit zu den wichtigsten Aufgaben bei der Verwirklichung sozialer Menschenrechte. Das erwarten nicht nur die weit über zwei Millionen arbeitslosen Männer, Frauen und Jugendlichen bei uns, sondern auch die Kumpels an Rhein und Ruhr, deren Arbeitsplätze durch die Krise in der Stahlindustrie und im Kohlebergbau massenhaft bedroht sind.

Es ist zu fragen: Wo bleibt das Engagement der CDU im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, nachdem auch die Sozialausschüsse der CDA inzwischen eingestehen müssen, daß die von der Regierung Kohl bisher eingesetzten Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit „das Problem nicht gelöst haben“. Der von dem rheinland-pfälzischen Landesvorsitzenden der CDA, Heribert Scharranbroich, vorgelegte Vorschlag zum Abbau der Arbeitslosigkeit wurde von Bundeskanzler Kohl unwirksam beiseite gelegt. Es ist zu fragen: Wo bleibt die Unterstützung der beschäftigungspolitischen Vorschläge von Ulf Fink, dem designierten CDA-Vorsitzenden, durch die Herren Geißler und Blüm?

Die Christdemokraten sprechen in ihrem Grundsatzprogramm vom Freiheitsrecht auf Arbeit. Sie sind bisher aber den Beweis schuldig geblieben, daß sie sich für dieses Recht ebenso einsetzen wie für die Beachtung anderer Menschenrechte. Wie heißt es doch im Wahiprogramm von CDU und CSU für die Bundestagswahl 1987: „Menschenrechte sind unteilbar.“

(-/12.8.1987/rs/ks)



Zu groß, zu unbekannt, zu teuer

Der neue Bundespersonalausweis ist ein einziges Ärgernis

Von Ria Burkei MdL  
Mitglied des Bayerischen Landtags

Der neue Bundespersonalausweis ist ein echter Schildbürgerstreich. Er ist zu groß, zu unbekannt, zu teuer und läßt zu lange auf sich warten. Wegen diesen vielfältigen Ärgernissen habe ich mich jetzt an den bayerischen Innenminister Lang gewandt - in der Hoffnung, daß dieser in Bonn vorstellig wird, um diese Hemmnisse abzustellen.

Was viele Bürger am meisten ärgert, ist die Größe. Das Format 105 mal 75 Millimeter entspricht keinem internationalen Standard. Die sonst übliche Größe von 85 mal 55 Millimeter - beispielsweise Scheckkarten oder Kreditkarten - wird erheblich überschritten. Seit Jahren hat sich aber die Lederindustrie auf dieses internationale Format festgelegt, so daß der neue Ausweis in den besonderen Fächern von Geldbörsen, Brieftaschen, Ausweishüllen und Damenhandtaschen keinen Platz findet.

Besonders die Männer, die üblicherweise ihre Geldbörsen in der Gesäßtasche tragen und große Hoffnungen in das angekündigte kleine Format des Personalausweises gesetzt haben, sind enttäuscht. Der neue Ausweis paßt nicht einmal in das Fach für die großen Geldscheine. Es ist unerfindlich, warum ein so ungewöhnliches Format gewählt wurde: Die im Ausweis enthaltenen Daten hätten genügend Platz auch bei einer Anpassung an das internationale Format.

Damit aber nicht genug der Ärgernisse. Der neue Bundespersonalausweis und sein Aussehen wurde in den Nachbarländern nicht oder nicht ausreichend bekannt gemacht. Reisende bekommen an den Grenzen oft Schwierigkeiten, weil ausländische Polizeibeamte den neuen Ausweis überhaupt nicht kennen. So gab es beispielsweise den Fall, bei dem der Inhaber des neuen Dokumentes mehrere Stunden lang von den italienischen Behörden in Polizeigewahrsam genommen wurde, bis sich dann herausstellte, daß es mit dem neuen Ausweis durchaus seine Richtigkeit hat.

Ärgernis Nummer drei sind die langen Wartezeiten beim neuen Personalausweis. Die sind nicht durch die Kreisverwaltungsbehörden zu verantworten, sondern die Bearbeitungszeit bei der Bundesdruckerei in Berlin ist so lang, wie zu erfahren war. Dabei läßt sich die Bundesdruckerei ihre Dienste gut bezahlen. Von den zehn Mark Gebühren für den neuen Personalausweis schleßt die Berliner Behörde 9,80 Mark ein. Den Kommunen bleiben damit ganze 20 Pfennige, die nicht einmal Portokosten und Formularkosten abdecken - geschweige denn irgendwelche Verwaltungskosten.

In einem Brief an den bayerischen Minister Lang habe ich diesen aufgefordert, Stellung zu diesen Ärgernissen mit dem neuen Personalausweis zu nehmen. Ich bin der Meinung, daß dieser Schildbürgerstreich ein Ende finden muß. Wenn der Minister diese Einschätzung teilt, sollte er bei der Bundesregierung auf die entsprechenden Änderungen drängen.

(-/12.8.1987/rs/ks)

\* \* \*



**DOKUMENTATION**

**Uwe Jens schreibt dem Kanzler: Abrüstungschance darf nicht vertan werden**

Der Obmann der SPD-Fraktion im Wirtschaftsausschuß des Deutschen Bundestages, Dr. Uwe Jens, hat Bundeskanzler Helmut Kohl in einem Brief aufgefordert, die Abrüstungsblockade der Bundesregierung aufzuheben. Wir veröffentlichen das Schreiben im Wortlaut.

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

ausnahmsweise schreibe ich Sie in großer Sorge um die Bundesrepublik einmal direkt an. Durch ein Interview des Abrüstungspolitischen Beraters des amerikanischen Präsidenten, Mr. Adelman im ZDF ist die Gefahr deutlich geworden, daß es möglicherweise nicht zu einer Einigung über die Beseitigung der Mittelstreckenraketen in Europa zwischen den beiden Supermächten USA und UdSSR kommen wird, obwohl dies lange Zeit greifbar nah war. Der Grund: Wenn die Bundesregierung weiterhin auf dem Besitz der 72 veralteten Pershing IA-Raketen mit US-amerikanischen Atomsprenghäupten beharrt, wollen die Amerikaner ein Abkommen gegebenenfalls daran scheitern lassen.

Wie auch immer dieses „Pokerspiel“ ausgeht: Es ist in jedem Fall schicksalhaft und für unser Land von außerordentlicher Bedeutung. Wer jetzt nicht bereit ist, ein Abkommen über diese Waffen positiv zu unterstützen, macht sich mitschuldig, eine große politische Chance vertan zu haben. Aus deutschem Interesse heraus plädiere ich für ein baldmögliches Zustandekommen eines solchen Abkommens bei völligem Verzicht auf die deutschen Atomraketen mit ihren amerikanischen Sprengköpfen.

Es ist auch durchaus denkbar, daß die UdSSR unter Umständen sogar ein Abkommen unterzeichnen, nach dem wir die veralteten 72 Raketen mit einer Reichweite von maximal 750 km behalten können. Nur sollte niemand glauben, daß dadurch die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und der hier lebenden Bürgerinnen und Bürger erhöht würde. Die Atomsprenghäupte bedrohen global deutsches und polnisches Gebiet. Allein die modernen Raketen von zwei sowjetischen U-Booten in der Ostsee würden im Falle eines Krieges alles Leben auf dem Gebiet der Bundesrepublik vernichten, bevor nur eine alte Pershing IA-Rakete durch die Bundesrepublik in Stellung gebracht werden könnte.

An einer solchen Situation der singulären Bedrohung durch das Vorhandensein von Atomraketen mittlerer Reichweite kann es für die Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik Deutschland kein Interesse geben. Nur die „kalten Krieger“ in den Reihen der CDU/CSU-Fraktion und möglicherweise einige sowjetische, aber auch westliche „Hardliner“ könnten daran Gefallen finden. Glauben Sie nicht, daß durch ein Abkommen über die Mittelstreckenraketen die Gefahr eines alles vernichtenden Krieges völlig gebannt sei.

Deshalb und aus Sorge um die 60 Millionen Menschen in unserem Raum muß das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland von Atomraketen befreit werden. Ich bin sicher, daß die überwiegende Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land diese Ansicht unterstützt. Ich meine, Sie sind verpflichtet, Schaden vom deutschen Volk abzuwenden, und deshalb bitte ich Sie: Unterstützen Sie ein Abkommen durch das die veralteten deutschen Atomraketen Pershing IA beseitigt werden können.

Mit freundlichen Grüßen  
gez. Dr. Uwe Jens

(-/12.8.1987/rs/ks)

